

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

13.7.1931 (No. 160)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
L. S.:
G. H. Seyffert
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Inhabergehör. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kostenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontaktsverfahren tritt der Inhalt der Zeitung zurück. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Personalanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konularische Vertretung Polens

Der zum polnischen Generalkonsul in München ernannte Herr Dr. Adam Kisiewicz ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden vorläufig zugelassen worden.

Amerikanische Hilfe durch Bankkredit Nach Einigung in Basel

W.B. New York, 13. Juli. (Tel.) Wie hier gestern Abend verlautete, ist Washington für eine Privatkredit-Konzentration zur Unterstützung Deutschlands. Diese Kreditkonzentration soll durch die Morgan-Gesellschaft und durch die Chase-Nationalbank in New York unter der Führung des Federal Reserve-Boards erfolgen.

Associated Press interpretiert in einer Meldung aus Washington Erklärungen des stellvertretenden Staatssekretärs Castle und des stellvertretenden Schatzamtssekretärs Mills folgendermaßen: Die Regelung der deutschen Finanzlage wurde auf die Schultern Europas gelegt, das der Mitwirkung der amerikanischen Finanzwelt bei jedem wirksamen Plan versichert wurde. Die Morgenblätter stellen in ihren Leitartikeln und in ihren Überschriften ihrer mehrere Spalten füllenden Berichte über die Schritte zur Lösung der deutschen Finanzkrise diese Mitwirkung mit ziemlicher Sicherheit in Aussicht. Die „New York Times“ überschreibt ihren Bericht mit folgender Schlagzeile: „Die amerikanische Finanzwelt ist bereit, mit den europäischen Banken dem Deutschen Reich zu helfen!“. „Herald Tribune“ schreibt: „Hilfe der Federal Reserve-Banken ist wahrscheinlich“.

W.B. Washington, 13. Juli. (Reuter. Tel.) Stellvertreter Staatssekretär Castle hat eine Erklärung abgegeben dahin, daß die amerikanischen Bankiers bereit seien, an einer Hilfsaktion für Deutschland teilzunehmen, daß sie aber die Führung in dieser Angelegenheit den europäischen Zentralbanken überließen, deren Vertreter heute in Basel zusammentraten. Castle fügte hinzu, die Leiter der wichtigsten europäischen Zentralbanken einsch. England und Frankreich, trafen in Basel zusammen und würden zweifellos mit der „F.R.B.“ die deutsche Bankkrise erwägen. Es liegt auf der Hand, daß jeder Plan für eine banktechnische Lösung von diesen Banken ausgehen müsse, und er setze voraus, daß die amerikanischen Bankiers bereit seien, die Unterstützung dieses wirksamen Planes, der in Basel ausgearbeitet werde, zu erwidern. — In Regierungskreisen wird erklärt, die amerikanische Regierung selbst erwäge keine Aktion. Die Mitglieder der Regierung verfolgten die Entwicklung der Lage aufs aufmerksamste und blieben besonders mit Finanzleuten in New York in enger Fühlung.

Die Bundesreservebank von New York veröffentlicht eine Erklärung des stellvertretenden Schatzamtssekretärs Mills, welcher erklärt, daß die Hoover-Aktion, durch welche mehr als 400 Millionen Dollars für die Wiederherstellung von Deutschlands Industrie und Handel während des laufenden Jahres verfügbar geworden sind, statt für Reparationen bezahlt werden zu müssen, die einzige Richtung sei, in der die amerikanische Regierung die Gelegenheit oder das Recht habe, eingzugreifen. Aber die Regierung habe keine Kontrolle über die Auslandspolitik der Bundesreservebanken. Es handelt sich im Grunde um europäische Probleme, die am besten durch eine Initiative und übereinstimmende Aktion derer gelöst werden können, die den Dingen am nächsten stehen.

New-Yorker Stimmen

W.B. New York, 13. Juli. (Tel.) New-Yorker Morgenblätter äußern die Annahme, daß die amerikanischen Großbanken zusammen mit der Reservebank sich an einer europäischen Hilfsaktion für Deutschland beteiligen werden. Diese Annahme stützt sich vor allem auf die Tatsache, daß am Sonntag eine ausgedehnte Konferenz im Gebäude der Federal Reservebank stattgefunden hat, an der führende New-Yorker Bankiers, unter ihnen Parker Gilbert und der stellvertretende Schatzamtssekretär Mills teilnahmen. Die Beschlüsse dieser Bankierkonferenz, die nicht veröffentlicht wurden, sind jedoch der „N.Y.“ mitgeteilt worden.

Die Morgenblätter führen weiter aus, daß die amerikanische Regierung sich von einer direkten Beteiligung an einer weiteren Lösung des deutschen Kreditproblems schon deshalb fernhalten müsse, weil das Kreditproblem infolge der letzten politischen Forderungen Frankreichs auf ein Gebiet führe, dem sich Amerika traditionell fernhalte, ferner auch weil es sich, abgesehen von diesen politischen Komplikationen, um ein rein wirtschaftlich-finanzielles Problem handle, dessen Lösung besser der Sachkenntnis überlassen bleiben. Diese Haltung der Regierung schließt jedoch die Tatsache nicht aus, daß die amerikanischen Bankiers in Berlin und Paris die weitere Entwicklung genauestens verfolgen. Das von Volkskammer-Sekretär an die amerikanische Regierung gefandene Telegramm über Deutschlands erste Finanzlage hat in Washington einen starken Eindruck gemacht, besonders in seinem Hinweis auf die etwaigen Folgen, die durch die Entwicklung der deutschen Finanzen entstehen könnten.

Letzte Nachrichten

Neue Sitzung des Reichskabinetts Vor der Notverordnung

BRN. Berlin, 13. Juli. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist um 11 Uhr wieder zusammengetreten, um die Beratungen der vergangenen Nacht, die gegen 3 Uhr ihren Abschluß fanden, fortzuführen. Im Mittelpunkt dieser Sitzung steht die Notverordnung, die das in den frühen Morgenstunden veröffentlichte Kommuniqué angekündigt hat.

Die Beratungen des Reichskabinetts dauern zur Stunde noch an. Es handelt sich dabei zunächst nicht, wie vielfach angegeben wurde, auch um eine Notverordnung über Einschränkung des Devisenverkehrs, sondern lediglich um eine Notverordnung über die illiquide gewordenen Danatbank, ferner um Ausführungsbestimmungen zu dieser Notverordnung, und drittens um eine Erklärung der Reichsregierung, in der den Banken das Vertrauen ausgesprochen und zur Beruhigung des Publikums beigegeben werden soll.

Meldungen, wonach der deutsche Reichsaussenminister am Samstag in Berlin die Gesandten der fremden Mächte von der Notlage Deutschlands unterrichtet hat, treffen in diesem Umfang nicht zu. Lediglich der amerikanische Botschafter war bei Curtius, der ihn nachträglich auf den Ernst der Lage hingewiesen hat und ihn bat, das sofort nach Washington zu telegraphieren. Einer von dort kommenden Meldung zufolge hat Sadtet die Lage Deutschlands als außerordentlich ernst geschätzt. Dagegen haben lediglich die deutschen Botschafter in London, Paris und Rom am Samstag die Gelegenheit benutzt, um auch den dortigen Regierungen gegenüber die Lage so zu schildern, wie sie ist.

Rationierung der Auszahlungen bei den Banken

Folge der Illiquidität der Danatbank

BRN. Berlin, 13. Juli. (Priv.-Tel.) Da die Reichsbank infolge der Kreditrestriktion nicht in der Lage ist, die legitimen Ansprüche der Banken zu befriedigen, ferner im Hinblick auf die Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank haben sich die übrigen Banken zu einer Rationierung der Auszahlungen entschlossen. Eine entsprechende Verständigung zwischen Reichsbank, Privatbanken und Sparkassen ist bereits erzielt worden, so daß ab heute die Auszahlungen nicht mehr in vollem Umfang vorgenommen werden können.

Die Darmstädter- und Nationalbank hat mitgeteilt, daß sie genötigt sei, ihre Schalter am Montag geschlossen zu halten. Die Reichsregierung hat die Danatbank zu folgender Erklärung ermächtigt: „Die Regierung wird auf Grund einer im Laufe des heutigen Montags ergehenden Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten durch volle Garantieleistung für alle Einlagen für eine ruhige Abwicklung der Geschäfte der Danatbank Sorge tragen.“

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der eingetretenen Zahlungseinstellung ist den Börsen die Anregung gegeben worden, den Verkehr mit Effekten und Devisen für Montag und Dienstag einzustellen.

Bessere Kreditausfichten

BRN. Berlin, 13. Juli. (Priv.-Tel.) Angesichts der in den heutigen frühen Morgenstunden eingetroffenen neuen amerikanischen Nachrichten werden in hiesigen politischen Kreisen die Aussichten auf einen Kredit nicht ungünstig beurteilt. Daraus dürfte auch die Tatsache zurückzuführen sein, daß sich Reichsbankpräsident Dr. Luder entschlossen hat, sofort nach Basel zu reisen. Auch aus Paris liegen, wie wir zuverlässig hören, beruhigendere Nachrichten vor, und man hofft, daß die Kreditfrage schon in Kürze eine zufriedenstellende Lösung finden kann.

Die „politischen Garantien“

M. Berlin, 13. Juli. (Priv.-Tel.) Es wird noch einmal betont, daß von französischer Seite bei den Kreditverhandlungen keine politische Forderungen gestellt oder in Formulierung gebracht worden sei. Dagegen scheint es — und das hat gestern der deutsche Botschafter in Paris der Presse gegenüber erklärt —, als ob in unverständlichen Gesprächen solche Forderungen aufgetaucht sind, ohne jedoch einen verbindlichen Ausdruck zu finden. Man kann aber es unbedingt als eine Stellungnahme der Regierung ansehen, daß sie alle solche politischen Forderungen unter allen Umständen ablehnen wird. Es ist ja auch bezeichnend, daß die englische Presse der verschiedensten Richtungen, die ursprünglich noch vor 8 Tagen Deutschland aufforderte, es solle freiwillig auf den Panzerkreuzer B verzichten und ebenso auf die Zollunion, ihre Ausführungen stark abschwächt, jetzt auch die „Times“, die in dieser Frage bisher Wortführerin gewesen ist. Die „Times“ erklärt, daß zwar eine freiwillige Geste Deutschlands von ihr sehr gern gesehen worden wäre, daß es aber England ablehne, Deutschlands Notlage zu einem solchen Zugeständnis auszunutzen.

Die deutsche Reise

Eingreifen der Regierung auf dem Kredit- und Geldmarkt

Der Reparationsausschuß des Reichskabinetts hat am Samstag bis in die Nacht- und die Morgenstunden hinein in einer achtstündigen Beratung und dann am Sonntagmorgen unter Hinzuziehung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luder, der in Berlin verblieben ist, während an seiner Stelle Geh. Rat Vocke sich nach Basel begab, sowie führende Bankiers über die Maßnahmen beraten, die man zur Konsolidierung des Geldmarkts für erforderlich hält. Die auswärtigen Regierungen, auch Amerika, sind auf diplomatischem Wege auf den Ernst der Lage in Deutschland aufmerksam gemacht worden, und es werden nach dieser Richtung hin weitere Verhandlungen folgen, nachdem bereits aus Washington diesbezügliche Nachrichten gekommen sind.

Bereits am Sonntag wurde eine Verordnung angekündigt, die der Reichsregierung die Ermächtigung gibt, bei Banken, deren Finanzlage einer Stützung bedarf, eine Garantie zu geben; ferner wird eine Verfügung herauskommen, die sich mit der Regelung des Devisenverkehrs befaßt.

Das Eingreifen der Reichsregierung war gedacht:

1. Durch eine Zusammenfassung der maßgebenden deutschen Banken unter Garantie des Reiches auch für die Geschäftsführung, so daß Gewähr für eine Überbrückung der augenblicklichen bankmäßigen Schwierigkeiten in einigen Unternehmen und für eine gesunde Geschäftsführung gegeben ist. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahme nicht ohne eine gewisse Aufsichts- und Kontrollbefugnis des Reiches getroffen werden kann.

2. Durch eine Neuordnung des Devisenverkehrs, die es unmöglich macht, für andere als rein wirtschaftliche Zwecke fremde Geldsorten anzukaufen. Dadurch wird der Reichsbank in jedem Einzelfalle eine Nachprüfung der Devisenanforderung ermöglicht und es wird ihr das Recht gegeben, ungerechtfertigte Devisenanforderungen zurückzuweisen, während sie bisher zur Einlösung der Reichsbanknoten in Gold oder Devisen unbedingt verpflichtet war.

Diese Maßnahmen sind begleitet von einer Erklärung der Reichsregierung, in der das deutsche Volk auf die drohenden Gefahren einer akuten Wirtschaftskrise hingewiesen und ermahnt wird, die Reichsregierung in ihrem Kampf um die Sicherung wirtschaftlicher Stabilität in Deutschland zu unterstützen.

Die von dem Kabinett getroffenen Maßnahmen sollen selbstverständlich nur für eine Übergangszeit gelten, während deren Dauer es ermöglicht werden soll, in größerem Umfang ausländische Kredite, vor allem langfristige zur Ablösung der gefährlichen kurzfristigen hereinzunehmen. Durch den Eingriff in das Bankwesen soll vor allem die Vertrauenskrise beendet werden, die bis jetzt immer wieder zur Zurückziehung ausländischer Kredite führte.

Basel hat das Wort

Die bisherigen Finanzverhandlungen haben nicht dazu geführt, daß politische Gegenforderungen für die Verlängerung und Erweiterung des Notenbankkreditens in offizieller Form von Regierung zu Regierung erhoben worden sind. Trotzdem ist die Situation keineswegs entspannt. Wenn man auch damit rechnen kann, daß die Reichsbank für ihre dringenden Wünsche Gehör gefunden hat, und daß in Basel die Kreditverhandlungen zum definitiven Abschluß gebracht werden, so haben doch die Vorgänge am Devisenmarkt am Samstag gezeigt, daß weitere Maßnahmen notwendig sind. Die seit Samstag eingetretene wesentliche Verschärfung der Kreditrestriktionen ist keineswegs darauf zurückzuführen, daß die ausländischen Notenbankpräsidenten eine solche gefordert haben. Sie war vielmehr schon vorher von der Reichsbank für den Fall in Aussicht genommen, daß die Kreditkündigungen fortbauern.

Am Sonntag fanden Vorbesprechungen in Basel statt. Auch der heutige Vormittag vor dem Zusammentritt des Verwaltungsrates war mit solchen Besprechungen ausgefüllt. Die „N.Y.“ soll nun zur Verlängerung des Überbrückungskreditens an die Deutsche Reichsbank von 100 Mill. Dollars, der von der Internationalen Zahlungsbank, der Bank von Frankreich und der Bank von England gewährt worden ist, und der zum 16. d. M. fällig wird, Stellung nehmen. Die schwierige finanzielle Situation Deutschlands steht im Mittelpunkt aller Besprechungen in Basel. Daß auch hier die Politik auf dem Wege über die Banken ihren Einfluß geltend zu machen versucht, ist deutlich zu spüren.

An zuständiger Berliner Stelle wird erklärt, daß das Reichskabinett mit der gesamten deutschen Öffentlichkeit in der Ablehnung der französischen politischen Forderungen einig ist. Man versteht überhaupt nicht, wie in einer derartig kritischer Lage, die die Verhältnisse der übrigen Welt mindestens ebenso berührt, und in der es sich nicht um Almosen oder Wohlfahrts-spenden, sondern um dringend notwendige Maßnahmen im Interesse der gesamten Weltwirtschaft handelt, die Gelegenheit benutzt werden kann, um von dem von der Krise am meisten betroffenen Land politische Zugeständnisse zu erpressen, die mit einer Aufgabe seiner politischen Selbständigkeit gleichbedeutend sein müßten. Was die Zollunion angeht, so erscheint es als eine unerhörte Zumutung, in ein vor dem Internationalen Gerichtshof schwebendes Verfahren eingzugreifen.

Nach Schluß der Redaktion:
**Eine Anordnung über die
Danat-Bank**
Garantieübernahme durch das Reich

WTB. Berlin, 13. Juli. (Tel.) Auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, in Ansehung der Danatbank & Nationalbank, Commanditgesellschaft a. N., die durch die Geldkrise in ihrer Liquidität bedroht ist, Garantie zu übernehmen.

§ 2. Die Reichsregierung kann im Falle der Übernahme einer Garantie anordnen, daß Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen gegen das Vermögen der Bank nicht stattfinden, und daß der Konkurs über das Vermögen der Bank nicht eröffnet wird. Die gleiche Anordnung kann die Reichsregierung für das Vermögen eines persönlich haftenden Gesellschafters der Bank treffen, wenn sie es im Interesse der Gläubiger der Bank für notwendig erachtet. Eine solche Anordnung bewirkt, daß der persönlich haftende Gesellschafter den gleichen Beschränkungen unterliegt, die in dieser Verordnung und ihren Durchführungsbestimmungen für die Bank getroffen werden.

§ 3. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften über die Geschäftsführung und Vertretung der Bank, über die Dienstverhältnisse und vermögensrechtlichen Ansprüche der persönlich haftenden Gesellschafter, sowie die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Sie kann für Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren und Geldstrafen oder eine dieser Strafen androhen.

§ 4. Maßnahmen, die gemäß dieser Verordnung oder der Durchführungsverordnungen getroffen werden, begründen keinen Anspruch auf Entschädigung.

§ 5. Diese Verordnung tritt am 13. Juli 1931 in Kraft. Neudeck, den 13. Juli 1931.
Es folgen die Unterschriften des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Detrogene Kapitalrücklinge

Nach Meldungen der „Neuen Rheinfelder Zeitung“ (Schweiz) haben verschiedene Schweizerische Banken, darunter auch die Schweizerische Kreditanstalt, ihrer deutschen Kundenschaft Kundenscheine zugesandt, in denen es heißt:

„Sie haben bei uns ein Guthaben in Mark. Wir teilen Ihnen mit, daß wir unsererseits den Betrag dieses Guthabens der (folgt der Name einer deutschen Großbank) überwiesen haben, und daß er dort zwar auf unseren Namen, aber auf Ihre Gefahr ohne unsere Haftung lagert.“ Weiter wird betont, daß die Bank das Geld nur unter diesen Bedingungen weiter behalte.

Dieses Schreiben ist psychologisch hochinteressant. Die Schweizerischen Banken stecken die hohen Zinsen ein, die in Deutschland gezahlt werden, und lehnen das private Risiko ab. Sie wälzen sie auf ihre deutschen Kunden über, die eine minimale Verzinsung erhalten. Darüber könnte man sich eigentlich nur freuen, wenn nicht das deutsche Volk die Rechnung zu bezahlen hätte.

Schlägerei zwischen Faschisten und Antifaschisten. Kurz vor Beginn eines Wettkampfes zwischen Basler Schwimmsportlern und einer Staffel der Bologna Sportista kam es am Sonntagmorgen im Gassebad in Basel unter italienischen Zuschauern, Faschisten und Antifaschisten, zu einer Schlägerei, wobei ein Faschist übel zugerichtet wurde. Die Polizei nahm fünf Verhaftungen vor.

Der Ostgrönland-Konflikt. Die dänische Regierung hat beschlossen, den dänisch-norwegischen Ostgrönland-Konflikt vor den internationalen Gerichtshof im Haag zu bringen.

Auffindung eines großen Kohlenlagers in Rußland. Presse-meldungen zufolge hat man dicht an der turkestanisch-sibirischen Bahnlinie ein großes Kohlenlager entdeckt. Dieser Fund ist für den Betrieb der „TurkAsi“ von großer Bedeutung, da einer der Hauptschwierigkeiten für diese Eisenbahn die Frage der Brennstoffversorgung bildete.

Badisches Landestheater

Schwengels

Schwanz in drei Akten von Fritz Peter Busch

In Szene gesetzt von Fritz Herz

Zum Schluß der Spielzeit hat das Landestheater noch eine wirkungsvolle Ernteaufführung herausgebracht, indem es den geballten Schwanz des Frankfurter Regisseurs Fritz Peter Busch inszenierte. Busch vereint in seinem Theatererfahrung erweisenden Schwanz Scherz mit tieferer Bedeutung, und weiß dadurch derben Lachen Befähigung zu geben. Der Vorarbeiter Albert Schwengel hat durch gezielte Bemerkung in einem Preisausprechen einen vierzehntägigen Aufenthalt für sich und seine Frau in einem erstklassigen Ferienhotel erworben. Dort muß er nun die bittere Erfahrung machen, daß der Mensch gar wenig gibt, sondern nur Namen, Stellung und Geld. Da der Verfasser diese Erkenntnis aber auf lustigem Wege mit reichen Einfällen von Situationskomik herbeiführt, flug jede Sentimentalität vermeidet und schließlich dem gekränkten Menschen Erleichterung schafft durch eine kräftige Ohrfeige, so hält die heitere Laune der Zuschauer, die mit dem wirkungsvollen ersten Akt anhebt, bis zum Schluß durch und sichert dem Stücke, das außerdem reich an wahrer Lebensbeobachtung ist, den Erfolg.

Namentlich wenn das Ehepaar Schwengel so ausgezeichnete Darsteller findet, wie hier durch Hermann Brand und Kelly Mademacher. Da der Regisseur Fritz Herz den Ursprung der Schwengels nach Karlsruhe verlegte und dementsprechend unverfälschter Südbadischdialekt zu hören war, so war Hermann Brands Albert Schwengel von unübertrefflicher Schärfe. Aber nicht nur die Natürlichkeit war der Wert seiner Darstellung, sondern die Menschenkenntnis, die bei aller Situationskomik doch den empfindenden, ja leidenden Menschen in dem harmlosen, gutmütigen, nach Freude sich sehenden Schwengel nicht vergessen ließ. Aus einer Schwanzfigur hat Brand einen einfachen, natürlichen, nach- und mitleidbaren Menschen gemacht. Eine vollwertige Partnerin war ihm Kelly Mademacher als seine Frau Olga mit allen Schwächen der kleinen Arbeiterfrau, aber auch mit der mutigen Treue der Liebenden, zu ihm aufstrebenden Gattin, deren spontaner Ausbruch im letzten Akte, in der sie der demütigenden Behandlung unumschränkt liebedes Vertrauens entgegensetzt, ihr Weisheit auf offener Szene eintrug.

Die anderen Personen des Stückes waren in der Darstellung mehr auf das Typenartige eingestellt in einer reichhaltigen Galerie von dem sturpellosen, rellamesüchtigen Schrift-

Abrüstungskundgebung in London

Neben Macdonalds, Baldwin und Lloyd-Georges
In der Albert Hall in London fand am Samstagmorgen eine große Friedens- und Abrüstungskundgebung statt, an der mehr als 7000 Personen teilnahmen, darunter Vertreter aller Parteien und Bevölkerungsklassen. Der Andrang war so stark, daß noch zwei Versammlungen im Freien stattfinden mußten. Zahlreiche auswärtige Botschafter und Gesandtschaften waren vertreten, für Deutschland Gesandtschaftsrat Fürst Bismarck. Macdonald, Baldwin und Lloyd-George hielten Reden, in denen für Frieden und vor allem gerechte Abrüstung eingetreten wurde. Man sänge Friedenslieder und bereite den Krieg vor. Eine Änderung könne es nur geben, wenn die Grundsätze, die für das sittliche Verhalten des einzelnen maßgebend seien, auf das Verhalten der Nationen ausgebeugt werde. Die Kundgebung schloß mit der Annahme einer Entschliesung, in der die Regierung angesichts der bevorstehenden Abrüstungskonferenz aufgefordert wird, alles ihr zur Verfügung zur Verminderung der Geheeres- und Luftstreitkräfte in der Welt zu tun.

Für Gleichberechtigung Deutschlands

Garvin führt in Londoner „Observer“ aus: Bei Ablauf des Hoover-Jahres wird das amerikanische Volk seiner Schuldverminderung zustimmen, wenn dadurch die Aufrechterhaltung der europäischen Rüstungen erleichtert wird. Aufschneidend halten die meisten Wortführer der allgemeinen Abrüstung die militärische Vorherrschaft Frankreichs und seiner Alliierten auf dem Kontinent außerhalb Nordlands für eine Selbstverständlichkeit und Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien soll die Gleichberechtigung hinsichtlich der Rüstungen verweigert werden.

Garvin sagt: Diese Verweigerung der internationalen Gleichberechtigung durch Völkerverbundmitglieder gegenüber Völkerverbundmitgliedern ist eine flagrante Verletzung nicht nur des Geistes des Völkerverbundes, sondern auch des Buchstabens der Völkerverbundsatzung. In der letzten Woche hätten einige englische Blätter verschiedener Richtung Deutschland beschworen, als Gegenleistung für die finanzielle Unterstützung sich den politischen Forderungen Frankreichs in aufsehenerregender Weise zu unterwerfen. Die politischen Forderungen betreffend Einstellung der Arbeiten an der Erlass „Rohrungen“ und Verzicht auf die Zollunion seien unklar und können in offenem Gegensatz zum Geiste der Staatskunst des Präsidenten Hoover. Die Finanzverhandlungen, sagt Garvin, würden dadurch erleichtert werden, aber die psychologische Wirkung auf das ganze deutsche Volk würde das Gefühl sein, eine neue Demütigung erlitten zu haben. Die Regierung des Reichsanzlers Brüning würde geschwächt werden, während sich doch gerade die Hoffnungen auf die politische Zukunft Deutschlands auf die Stabilität dieser Regierung gründen.

Garvin sagt zum Schluß: Jeder Verantwortliche siehe jetzt von zwei Fragen, ob ein Staatsstreik Hitlers Dr. Brüning ablösen und ein Regime des Widerstandes um jeden Preis einleiten solle, oder ob man auf dem Wege des Youngplans weitergehen und Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahren wolle.

Einweihung eines Kriegsgefallenendenkmals. In einem der zahlreichen Bogen des Nationaldenkmals der Schlacht von Tannenberg bei Hohenstein in Ostpreußen, wurde Sonntagmorgen anlässlich der Bundestagung der Reichsbereinigenden ehemaligen Kriegsgefangenen die Weihe des Kriegsgefallenendenkmals vorgenommen. An der Feier nahm auch der Chef der Reichswehr teil. Auch der Obmann des Bundes österreichischer Kriegsgefangener, Hans Baumgartner, Wien, legte einen Kranz nieder.

Das Volksbegehren in Preußen. Die Verordnung über das Volksbegehren „Landtagsauflösung“ und Durchführung des Volksentscheids liegt nunmehr vor. Die Verordnung besteht aus vier Paragraphen. In ihr wird darauf hingewiesen, daß der zur Entscheidung der Frage über die Auflösung des Landtags nach der Verfassung eingesetzte Ausschuss, der beauftragt ist dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Landtags und dem Präsidenten des Staatsrats besteht, es abgelehnt hat, den Landtag aufzulösen. Ferner wird darauf verwiesen, daß der Landtag selbst in seiner Sitzung vom 9. Juli 1931 die Auflösung abgelehnt hat.

Heller Dr. Meyer-Holbersheim, den Paul Müller mit reichem amüsiertem Register ausstattete, bis zu dem gekehrten Bankier Hirsch, den Karl Meiner als reine Clownfigur herumrennen ließ. Der Regisseur Fritz Herz hätte wohl bei manchen Einzelbarstellungen forrigierend eingreifen können, manches beschleunigen und manches charakteristischer herausarbeiten können, im Ganzen war die Aufführung doch ein Erfolg, namentlich durch Hermann Brand, Kelly Mademacher und Paul Müller, der dem Stücke in der kommenden Spielzeit noch eine Reihe von Wiederholungen sichern dürfte.

Prof. Dr. Karl Holl.

Friedrich Gundolf. Die Heidelberger Universität hat einen schweren Verlust erlitten. Sonntagvormittag starb an den Folgen eines Magenkrebes der berühmte Literaturhistoriker Friedrich Gundolf im Alter von 51 Jahren. Am 20. Juni 1880 in Darmstadt als Sohn des Mathematikprofessors Gundolf geboren, wirkte er seit 1911 als Dozent an der Heidelberger Universität. Gundolf, zugleich ein Meister der Sprache, war besonders berühmt geworden, durch sein fesselndes Shakespeare-Übertragung, die Shakespeare-Forschungen, als deren erster Niederschlag 1911 das Buch „Shakespeare und der deutsche Geist“ erschien. Ferner sei aus dem reichen Schaffensgebiet des für die deutsche Wissenschaft viel zu früh Verstorbenen noch sein großes Werk über Goethe (1916) erwähnt, sowie das Buch „Caesar, Geschichte seines Ruhms“, das 1924 erschien. Mit besonderer Hingabe setzte sich Friedrich Gundolf für Stefan George ein, in dessen Art er selbst eine große Anzahl formvollendeter Gedichte schrieb. Im Jahre 1930 erhielt Gundolf den Hamburger Lessing-Preis. Der 50. Geburtstag brachte dem Gelehrten eine Fülle von Ehrungen und Anerkennungen seines wissenschaftlichen Wirkens, mit dem sich künstlerische Betätigung in einer sonst seltenen Harmonie verband.

Jahresfestung des Heidelberger Zeitungsinstituts. Das Institut für Zeitungswissenschaft an der Heidelberger Universität hatte für Sonntag die Jahresfestung seines Auditoriums einberufen, dessen Mitglieder fast vollständig erschienen waren. Außerdem war die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse durch die führenden Verleger und Redakteure stark vertreten. Die Universität Heidelberg hatte ihren Rektor, Professor Dr. Meißner, die Geh. Räte Ranzger und Dr. Weber und andere Professoren entsandt. Das Institut selbst war durch seinen Leiter, Professor Dr. v. Eckhart, sowie durch Geh. Rat Dr. h. c. Walbfürst vertreten. Die Sitzung war zur Hälfte durch einen interessanten Vortrag des Ministerialdirigenten Dr. Sauerhels vom Reichsministerium des Innern ausgefüllt, der insbesondere über die Reform des Presserechts sprach.

Saarlandkundgebung in Neustadt a. d. S.

Für baldige Rückkehr zum Reich

Die 11. Tagung des Bundes der Saarvereine, die am Samstag in Neustadt a. d. S. mit einer Arbeitsstagung der Delegierten der Ortsgruppen aus dem Reich eingeleitet wurde, hat eine Entschliesung angenommen, welche gegen die Fremdherrschaft an der Saar gerichtet ist. Das Volk an der Saar habe in völlig eindeutigen und einmütigen Kundgebungen fortgesetzt die Rückkehr des Saargebietes unter die deutsche, preussische und bairische Regierung, die Rückgabe der Gruben an das Deutsche Reich, und jede Angliederung an das deutsche Zollgebiet gefordert. Wenn die Hoffnung auf eine alsbaldige Befreiung wiederum aufschanden werden sollte, dann bleibe dem Volke an der Saar die feste Zuversicht, daß die Volksabstimmung im Jahre 1935 die hehrsehnte Rückkehr zum Vaterlande bringen wird.

Im Rahmen der Tagung haben sich die saarländischen und pfälzischen Journalisten zu einer Aussprache über die politische und wirtschaftliche Lage im südwestdeutschen Grenzgebiet versammelt. Wie in den Tagen des offenen Kampfes um Rhein, Pfalz und Saar haben sie auch jetzt die völlige Gleichheit der Interessen aller Schichten der saarländischen-pfälzischen Bevölkerung festgestellt, die gebietet die baldige, ungeschmälerte Rückkehr des Saargebietes zum gemeinsamen Vaterland verlangen. Sie werden darum auch in Zukunft in der bisherigen Kampfgemeinschaft zusammenstehen und alle Bestrebungen aus innerer Überzeugung unterstützen, die auf die baldige Wiederherstellung der deutschen Einheit gerichtet sind.

Anzeige Nachrichten

Reichspost verkürzt Arbeitszeit. Die Reichspost hat auf Grund der Bestimmungen der zweiten Arbeitverordnung die wöchentliche Arbeitszeit des Personals im Betriebs- und Verwaltungsdienst vom 12. Juli an auf höchstens 51 Stunden festgesetzt.

Der Berliner Polizeipräsident bricht seinen Urlaub ab. Der Berliner Polizeipräsident, der sich seit dem 14. Juni auf Urlaub befand, hat seinen Urlaub abgebrochen und heute, Montag, die Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Dreiwöchentliches Verbot des „Völkischen Beobachters“. Einem Ersuchen des Reichsinnenministers entsprechend, wurde der in München erscheinende „Völkische Beobachter“ in seiner Bayern- und Reichsausgabe von der Polizeidirektion München auf drei Wochen verboten.

Kommunistischer Überfall auf einen Stahlhelmzug. Sonntag nachmittag überfielen etwa 200 Kommunisten den Festzug des Stahlhelms anlässlich dessen Gaultages in Celle. Dabei wurden insgesamt vier Personen schwer und acht leicht verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch General a. D. von Denning.

Generalkonsul Dr. h. c. Ludwig Roselius, dem Erfinder des koffeinfreien Kaffees und Präsidenten der Kaffee-Handels-Gesellschaft, ist aus Anlaß des Jubiläums der Kaffee-Handels-Ges. Bremen, die Plakette der Humboldt-Hochschule Berlin für Verdienste um Volksgesundheit und Volksbildung verliehen worden.

Prof. Kafka. Nach einer Meldung aus Prag ist der deutsche Abgeordnete, Professor Kafka, der für das nächste Jahr gewählt wurde, am 12. Juli in Prag, am Sonntagmorgen früh gestorben. Im Abgeordnetenhaus war Kafka der Vertreter der deutschen Minderheit.

Erzbischof Dr. Söderblom. Der bekannte schwedische Erzbischof Dr. Söderblom ist Sonntagabend 18 Uhr in Uppsala am Herzschlag gestorben. Nathan Söderblom spielte als Vorkämpfer einer Einheitsbewegung im Christentum und als Vorkämpfer des Friedens auf Grund religiöser Anschauungen eine große Rolle.

Stimson trifft am Mittwoch in Paris ein. Stimson reist am Dienstagmorgen mit dem Expresszug von Rom aus direkt nach Paris, wo er am Mittwoch eintrifft.

Zuspitzung des Danzig-Polenkonfliktes. Durch eine Note hat der diplomatische Vertreter Polens in Danzig es am Samstag grundsätzlich abgelehnt, eine Genehmigung für die Entsendung von polnischen Marinepatrouillen im Freistaat Danzig bei den zuständigen Danziger Stellen nachzusuchen. Danzig hat darauf sofort eine Entschliesung des hohen Kommandos des Völkerverbundes unter Hinweis auf die besondere Dringlichkeit der Angelegenheit beantragt.

Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ machte am Sonntag eine Fahrt nach Wien. Es landete um 19 Uhr vormittags auf dem Flugplatz Alpern und stieg eine Stunde nach der Landung wieder auf einem Rundflug über Österreich auf, an dem u. a. Bundeskanzler Dr. Burech mit Gemahlin, die Minister Winkler und Heintl, sowie der deutsche Gesandte Dr. Rieth und der amerikanische Gesandte Stodion teilnahmen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ war erst Montag früh wieder in Friedrichshafen erwartet worden, erschien jedoch bereits kurz vor Witternacht über Friedrichshafen und ist um 0.20 Uhr glatt gelandet.

Der Chefkonstrukteur der Zeppelin-Gesellschaft, Dr. Ludwig Dürr, machte nähere Mitteilungen über das neue Zeppelin-Luftschiff „LZ 128“, das in wesentlich abgeänderter und gedrungenerer Form erbaut und mit Hochmotoren versehen wird. Das Luftschiff, das mit Heliumgas gefüllt wird, kann neben Besatzung, Post und Fracht bis zu 100 Fahrgäste mitnehmen.

Am Hauptkanal des Kraftwerks der Mittleren Jar, Frombach bei Langenpfeffing (Oberbayern) ereignete sich am Sonntag ein Dammbruch. Es wurde großer Schaden angerichtet. Die überraschten Bewohner von Bauernhöfen konnten nur mit Mühe ihr Leben retten und Vieh und Hausgerät in Sicherheit bringen.

Am Sonntag überschlug sich bei Schlenkeren in einer gefährlichen Kurve unterhalb des Ortes Wiedersbach ein Frankfurter Schnellzug mit Stahlhelmlenten, die sich zum Stahlhelmer-Flugtag begeben wollten. Außer neun Leichtverletzten sind sieben Schwerverletzte zu beklagen.

Der grauohrige Nord an der 17jährigen Kontoristin Verda Kallisch im Grunewald bei Berlin, scheint als aufgeklärt zu gelten. Der Stiefvater der Erbsollenen, der jetzt 40 Jahre alte Kohlenträger Paule wurde verhaftet. Er hat seit drei Jahren eine Art Liebesverhältnis mit dem Mädchen unterhalten. Bei einem Streit will er sie erschossen haben.

Am Sonntag wurde in Magdeburg ein Offizier der Reichswehr, der in Zivil an einer privaten Veranstaltung teilgenommen hatte, auf dem Heimweg von Bomben überfallen, zu Boden geworfen und verletzt. Der Offizier machte in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch und verletzte einen der Begehrer tödlich.

Badischer Teil

Jahresversammlung des Badischen Bauernvereins

In Offenburg fand am Sonntag die sehr gut besuchte Jahresversammlung des Badischen Bauernvereins (Sitz Freiburg i. Br.) statt. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten Schill, Merzhofen, der daran erinnerte, daß der Verein vor 46 Jahren am gleichen Tage und im gleichen Raum gegründet worden sei, erstattete Direktor Dr. Schwörer, der Geschäftsführer des Vereins, den Jahresbericht.

Er wies darauf hin, daß die Trennung der landwirtschaftlichen Organisationen Badens in Folge der Wirtschaftspolitik, der Genossenschaften und der technischen Förderung sich gut durchgeführt habe. Der Badische Bauernverein hat seinen Mitgliederbestand von circa 45 000 halten können. Die Reichsgetreidepolitik habe zwar der Landwirtschaft im allgemeinen geholfen, doch fehle noch die wirksame Hilfe für die süddeutsche und insbesondere badische Veredlungswirtschaft. Für sie müsse eine zweite Aktion durchgeführt werden. Milch- und Butterpreise, sowie die Viehpreise müßten mehr den Erfordernissen des bäuerlichen Betriebs angepaßt werden. Der Zusammenbruch der badischen Holzwirtschaft kennzeichnete sich durch die Tatsache, daß für Holz heute höchstens 60 bis 70 Prozent der Vorkriegspreise erzielt würden.

Dann sprach Landesökonomierat Kopp, der Direktor des Unterfränk. Bauernvereins in Würzburg, über das Thema: „Was erstreben die deutschen Bauernvereine“. Die Landwirtschaft werde gegebenenfalls nicht davor zurückzucken, den Weg direkt vom Bauernhof zum Konsumentenhaus unter Ausschaltung der Gewinne des Zwischenhandels zu gehen. Der Nebenerwerb vor allen Dingen vor dem Glanzen, als ob eine Standardisierung und Typisierung in der bäuerlichen Wirtschaft sich weitgehend durchführen lasse, wie sie von gewissen Theoretikern vertreten werde. Die von Professoren empfohlene Kollektivierung der Einzelbetriebe sei in Baden bei der dichten Besiedlung kaum durchzuführen.

Dann nahm die Versammlung einstimmig eine Reihe von Entschlüsse an, in denen die bekannten agrarpolitischen Forderungen für die bäuerliche Veredlungswirtschaft erhoben wurden. So wurde u. a. verlangt, die sofortige Erhöhung des Butterzolls auf 100 M pro dz, Schaffung von Absatzmöglichkeiten für Großvieh, Ferkel, Schweine, Obst und Gemüse, vollkommene Abänderung der Verteilung der Zuckerrübenanbaufläche unter Berücksichtigung der besonderen badischen Verhältnisse, Ausgleich der Zuckerrüben für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die industriellen und gewerblichen Erzeugnisse, weitgehender Schutz der badischen Holzwirtschaft, insbesondere Verarbeitungszweig für deutsches Holz in der Papier- und Zelluloseindustrie, sowie bei öffentlichen oder durch öffentliche Mittel unterstützten Bauten. Eine andere Entschlüsse betraf die mit dem sozialen Versicherungswesen und verlangt eine Revision der Land- und Forstwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Proteste gegen das badische Notgesetz

Wie zu erwarten war, hat das badische Notgesetz Protestaktionen der Städte und der Beamtenorganisationen hervorgerufen.

Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund nehmen in einer längeren Auslassung dazu Stellung. Sie weisen auf die Schwierigkeiten der Städte durch die Arbeitslosigkeit hin und erklären, daß die Antwort des badischen Landes auf die wiederholten Eingaben und Anträge in dieser Richtung eine neue Mehrbelastung der Städte sei. Dabei sei das verfassungsmäßig verbürgte Recht der Anführung der Städte verletzt worden. Die Auslassung weist dann auf die wirtschaftlichen Folgen der Gehaltskürzung hin. Ebenso werde sich auch die Abwälzung der Volksschullasten bemerkbar machen. Es könne keine Rede davon sein, daß die Einnahmekürzung und Mehrbelastung der Städte etwa durch die Ersparnisse infolge der Kürzung der Gehälter der Gemeindebeamten oder durch die Beteiligung der Städte an den Einsparungen des Landes nach der Notverordnung gedeckt würden.

Vom Deutschen Beamtenbund — Landeskartell Baden — wird eine längere Entschlüsse veröffentlicht. Es wird darin von einer in der gesamten grenzenlosen Verbitterung und dumpfen Niedergeschlagenheit gesprochen und auf den Aufruf der Reichsregierung hingewiesen, in dem es heißt: „Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht“. Der Badische Landtag habe bei Beratung des Besoldungsgesetzes in verschiedenen Entschlüsse auf die Ungleichheit des Besoldungsgesetzes hingewiesen, eine sozialere Gestaltung der Kinderzuschläge und sonstige Maßnahmen verlangt, die den Teuerungsverhältnissen des Grenzlandes Baden gerecht werden. Er habe verlangt, daß die nichtplanmäßigen Beamten besser behandelt werden und die unverschuldete Wartzeit nicht verwandeter Junglehrer und Junglehrerinnen bei Festsetzung des Vergütungsdienstalters angerechnet werde. In einer Denkschrift über die wirtschaftliche und kulturelle Notlage Badens als Grenzland habe die Regierung selbst den Notstand der badischen Beamten und sonstigen Berufsstände dargestellt. Handel und Gewerbe würden durch weitere Senkung der Kaufkraft geschädigt werden. Die Entschlüsse enthalten noch weitere schwere Angriffe auf die Regierung.

Dienstreise- und Umzugskosten

Das Staatsministerium hat unter dem 4. Juli d. J. Verordnungen erlassen, die eine Neuregelung der Vorschriften über die Dienstreise- und Umzugskosten der planmäßigen Beamten bringen. Zugleich wurden die Ausführungsbestimmungen zu beiden Verordnungen bekanntgegeben.

Aus den Parteien

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei meldet partiell: Durch verschiedene Blätter geht die Mitteilung, daß der Landesvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Rechtsanwalt Steinel, M. d. L., die Niederlegung seines Mandates beabsichtigt. Diese Nachricht ist ebenso frei erfunden, wie gewisse Mitteilungen, die von Unstimmigkeiten zwischen Herrn Dr. Mattes und Herrn Steinel wissen wollen. Der Landesvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Steinel, steht vollkommen hinter den Maßnahmen des Finanzministers Dr. Mattes.

Aus der badischen Industrie

25 Jahre Verband der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes. Der in Donaueschingen ansässige Verband der Uhrenindustrie und der verwandten Industrien des Schwarzwaldes e. V. ist am 6. November 1906 in Billingen gegründet worden. Er feiert in diesem Jahre sein 25jähriges Bestehen. Der Verein wird diese Feier anlässlich der diesjährigen außerordentlichen Hauptversammlung am 18. Juli in Donaueschingen begehen. In einer Mitgliederversammlung am 17. Juli werden eine Reihe von Vorträgen von bekannten Wirtschaftsführern und Präsidialmitgliedern Deutscher Arbeitgeberverbände gehalten werden.

Aus der Landeshauptstadt

Nr. 42 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung des Ministers des Innern; Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Verordnung des Justizministers über das Verfahren zur Klarstellung der Rangverhältnisse im Grundbuch.

Nachwertungsfahrt „Mund um Karlsruhe“. Von ausgezeichnetem Wetter begünstigt, ging in der Nacht vom Samstag zum Sonntag die Nachwertungsfahrt „Mund um Karlsruhe“ der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Reichsautoclubs e. V. vor sich. Die Veranstalter konnten etwa 30 Fahrzeuge — Motorräder und Wagen — auf die 104 Kilometer lange Reise schicken. Die Schwierigkeiten dieser Nachtfahrt lagen vor allem darin, daß den Fahrteilnehmern die Strecke bis zum Start vollkommen unbekannt blieb. Erst in den beiden Ausgangspunkten Forchheim und Dagsfeld, erhielten die Fahrer eine Karte, auf der die Route eingezeichnet war. Ferner hatten die Wagen und Motorräder, nach der Stärke der Motoren in Klassen eingeteilt, bestimmte Durchschnittsgeschwindigkeiten einzuhalten, was bei der teilweise sehr schlechten Verfassung der Straßen nicht immer sehr leicht war. Die Vorkategorie aller Wagen erreichte Steinmann, die der Motorräder Dreher. Ferner siegten in der Wagenklasse I. Jungmann aus Hannomag, Klasse II. Burghard aus Odel, Klasse III. Schneider aus Chevrolet. Bei den Motorrädern siegten in der Klasse I. Landauer auf Victoria, Klasse II. Höfle auf Imperia, Klasse III. Hauptmann Kopp auf BMW.

Nationalsozialistische Aufhebungen. In der Nacht zum Sonntag und am Sonntagabend kam es in und vor dem Café Debon in der Kaiserstraße zu nationalsozialistischen Kundgebungen gegen eine dort auftretende ungarische Kapelle, deren Mitglieder man für Juden hielt. Der Polizeibericht meldet darüber: In der Nacht vom Samstag zum Sonntag verließ eine Anzahl Nationalsozialisten, die mit der Zusammenziehung und den Darbietungen einer Musikkapelle eines Cafés in der Kaiserstraße nicht einverstanden war, unter Protestrufen das Lokal und demonstrierte alsdann vor dem Café gegen die dort stattfindenden Vorstellungen. In kurzer Zeit hatte sich ihnen eine große Menge Neugieriger zugesellt, so daß die Polizei zur Räumung der Straße aufgerufen wurde. Dieser Anordnung ist verschiedentlich nicht Folge geleistet worden; das Einschreiten der Polizei wurde dadurch erheblich erschwert, daß zahlreiche Neugierige stehen blieben und so den Demonstranten die Möglichkeit boten, sich dem Zugriff der Polizei zu entziehen. Die Polizei mußte deshalb unter Einziehung von Verhaftung stellenweise gewaltsam zur Räumung schreiten. Hierbei sind mehrere Personen festgenommen worden. Im Verlauf des Sonntagabends kam es wiederum in dem Café zu Kundgebungen von einer größeren Gruppe von Nationalsozialisten. Die sofort erschienene Polizei entfernte die Störer; hierbei kam es zu Gewalttätigkeiten gegen die Mitglieder der Kapelle. Im Anschluß daran wurden die Störungen auf der Straße fortgesetzt. Die Polizei räumte die Straße. Eine Anzahl Nationalsozialisten ist wegen Hausfriedensbruchs und wegen Vergehens gegen die Notverordnung vom 28. März 1931 festgenommen worden; sie werden dem Schnellrichter vorgeführt. Unbeteiligte Zuschauer haben auch an diesem Tage durch ihr Verhalten das Vorgehen der Polizei erschwert. Es wird allgemein darauf aufmerksam gemacht, daß die Polizei ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Teilnehmer oder Neugierige handelt, künftig die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlichen Maßnahmen mit aller Energie durchzuführen wird.

Der Polizeibericht meldet täglich Verkehrsunfälle, an denen vielfach jugendliche Radfahrer beteiligt sind. Wegen mehrerer Schlägereien, Streitigkeiten und groben Anfalls mußte Samstag und Sonntag die Polizei einschreiten.

Sommeroperette im Stadt. Konzerthaus. Es sei nochmals auf die morgen Abend stattfindende Eröffnungsvorstellung der Sommeroperette hingewiesen, die um 20 Uhr beginnt. Zur Aufführung gelangt die bekannte Operette „Ein Walzertraum“ von Oskar Strauß, deren einschmeichelnde Melodien sicherlich viele Besucher anziehen werden. Die Eintrittspreise sind herabgesetzt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montag früh: Unter dem Einfluß eines Zwischenhochs hatten wir am Samstag und Sonntag vorwiegend heiteres Wetter. Am Sonntag erreichten die Temperaturen wieder hochsommerliche Werte (30 Grad in der Ebene). Heute nacht zog ein Tiefdruckausläufer, der in den frühen Morgenstunden im ganzen Land weithin brachte, vorüber. Unser Gebiet erhält nunmehr Zufuhr maritimem Luft, die an der Südseite einer neuen nördlich Englands angelangten Zyklone nach Mitteleuropa einströmt. Voraussage für 14. Juli: Veränderlich, zeitweise Gewitterregen und schwül, bei westlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 364 minus 4, Basel fehlt, Schutterinsel 240 minus 10, Rehl 375 minus 12, Wazau 562 minus 16, Mannheim 487 minus 81, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 11. Juli. Das Ehrenmitglied des Mannheimer Nationaltheaters, Kammerjäger Joachim Kromer, feierte am 12. Juli seinen 70. Geburtstag. Kromer, der geborener Frankfurter ist, war seit 1895 bis zu seinem Ausscheiden Mitglied des Mannheimer Nationaltheaters. Als hervorragender Baritonist hat er bei den Bayreuther Festspielen den „Alberich“ gesungen.

Dr. Baden-Baden, 10. Juli. Wie schon kurz gemeldet, findet die Vermählung des Markgrafen Berthold von Baden mit Prinzessin Theodora von Griechenland am 17. August in Baden-Baden statt. Am Vorabend der Hochzeit, am 16. August, findet im Hotel Stephanie das Dinner statt. Die Trauung ist auf den 17. August festgesetzt. Da Prinzessin Theodora der Orthodoxen-Kirche angehört, findet zuerst die griechisch-katholische Trauung statt, die durch den griechisch-katholischen Bischof von Paris im Neuen Schloß vorgenommen wird. Die evangelische Trauung findet anschließend in der evangelischen Landeskirche am Ludwig-Wilhelm-Platz statt. Man rechnet damit, daß etwa 100 europäische Fürstlichkeiten an den Trauungsfeierlichkeiten teilnehmen werden. Markgraf Berthold, der zur Zeit bei seiner Verlobten in London weil, wird in vierzehn Tagen nach Baden-Baden zurückkehren.

Waagen aller Art liefert:
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

Dr. Bad. Peterstal, 12. Juli. In der Nacht zum Samstag kamen etwa 20 000 Kubikmeter Geröll zwischen hier und Griesbach ins Rutschen und stürzten zur Ebene hinab. An dieser Stelle, die bei der Ilbenbrücke an der Landstraße liegt, wird zur Zeit am Bahnbau gearbeitet. Drei in der Gefährzone liegenden Häuser mußten geräumt werden. Die Bahnbauarbeiten werden nicht beeinträchtigt.

Dr. Rehl, 11. Juli. Der am letzten Samstag von einem Grenzauflieger verwundete elsässische Gastwirt Georges aus Wangenau ist nach Mitteilung in linksrheinischen Tageszeitungen auf dem Wege der Besserung, so daß er in kurzer Zeit wieder völlig hergestellt sein wird.

Dr. Freiburg i. Br., 13. Juli. Universitätsprofessor Dr. v. Rohland und seine Gattin können heute das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Dr. v. Rohland, der jetzt im Ruhestand lebende Strafrechtler der Universität Freiburg, stammt aus Dorpat, wo er bis zur Russifizierung der Dorpater Universität als akademischer Lehrer tätig war.

Dr. Titisee, 12. Juli. Die durch das Schluchseewerk bedingte wechselnde Veränderung des Wasserspiegels im Titisee machte die Schwimmbahn des Schwimmportvereins Freiburg illusorisch. Der SVF ging dazu über, eine neue, schwimmende Schwimmbahn zu errichten, die heute eingeweiht wurde. Die Bahn besteht aus zwei auf Bojen schwimmenden Landungsstegen, die durch Balken miteinander verbunden sind. Sie ist 100 Meter lang und läßt bei Wettläufen bis zu sechs Startplätzen zu.

Dr. Fullendorf, 12. Juli. Im Zusammenhang mit den Bränden im Bezirk Fullendorf, ist es zu neuen Verhaftungen gekommen. Auch in dem im Hohenzollernschen gelegenen Mangelbuch ist es gelungen, einen Brand aus dem Jahre 1925 aufzuklären. Es handelt sich um den Brand der Gastwirtschaft „Zum Bären“ im Mai 1925, der nach den bisherigen Ermittlungen offenbar auf Veranlassung der Wirtsleute gelegt worden ist. Der Besitzer R. Bud und seine Frau wurden in das Untersuchungsgefängnis Sigmaringen verbracht.

Dr. Tannheim (Brigachtal), 12. Juli. Wie erst jetzt bekannt wird, wurden hier und in der Umgebung am Donnerstag früh etwa 1.10 Uhr sechs Erdhübe wahrgenommen. Die drei ersten waren flüchtig, die drei folgenden schwächer. Die Fenster klirrten. Die Hübe schienen von Süden herzukommen in Abständen von ¼ Minute.

Bürgermeisterwahl. In Heffeld (bei Tauberbischofsheim) wurde der seitherige Bürgermeister, Anton Gönninger, mit einer Mehrheit von 55 Stimmen wiederum gewählt.

Oberbürgermeister Jöller, Durach amtsübe. In der Duracher Stadtratssitzung wurde mitgeteilt, daß Oberbürgermeister Jöller aus Gesundheitsrücksichten sein Rücktrittsgesuch aus seinem Amte eingereicht hat. Es sollen nun Verhandlungen mit der badischen Landesversicherungsanstalt für Gemeinden und Körperschaften gepflogen werden. Der Stadtrat beschloß weiter, daß die städtischen Neubauten in der Plotter- und Wilhelmstraße aus Mangel verfügbarer Mittel eingestellt werden, sobald sie unter Dach sind.

Handel und Wirtschaft

Zweitägige Schließung der deutschen Börsen. Wie wir erfahren, sind auf Anordnung des preussischen Handelsministers am Montag und Dienstag die Börsen in Preußen geschlossen. Es ist anzunehmen, daß die gleichen Maßnahmen auch von den übrigen Ländern getroffen werden. Auch die bayerischen und sächsischen Börsen bleiben heute und morgen geschlossen. — Wie mitgeteilt wird, findet der amtliche Verkehr an der heutigen Berliner Produktenbörse wie üblich statt. Die Effekten- und Metallbörse bleibt heute und morgen geschlossen. Devisen- und Privatdiskontnotierungen finden gleichfalls nicht statt.

Verstärkte Restriktionsmaßnahmen der Reichsbank. Die Devisenabzüge bei der Reichsbank haben am Samstag rund 90 Millionen Reichsmark betragen, während sie am Freitag nur einen Betrag von 50 Mill. Reichsmark ausmachten. Die erheblich höheren Anforderungen haben die Reichsbank, wie es von vornherein beabsichtigt war, veranlaßt, die Kreditrestriktionen in verstärkter Form durchzuführen. Sowohl in der Provinz als auch in Berlin erfolgte eine harte Schließung des bei der Reichsbank eingereichten Wechselmaterials. In zunehmendem Maße scheint inländische Kapitalflucht mitzuwirken, die sich aus der wachsenden Nervosität des Inlandes erklärt. Die Lage hat sich dadurch erneut verschärft, zumal nunmehr bei der Reichsbank die 40prozentige Deckungsgrenze unterschritten werden muß, falls nicht ein neuer Kredit der internationalen Notenbanken in kürzester Frist perfert wird. Eine gezielte Neuordnung des Devisenverkehrs, Maßnahmen zur Konsolidierung des Geldverkehrs, über die an anderer Stelle berichtet wird, stehen in Aussicht.

Großhandelsindex. Die für den 8. Juli berechnete Indexziffer der Großhandelspreise lag mit 112,1 um 0,4 Prozent niedriger als in der Vorwoche.

Diskonterhöhung in Danzig. Die Bank von Danzig hat mit Wirkung ab heute den Diskontsatz von 5 auf 6 Proz. und den Lombardzinsfuß von 6 auf 7 Proz. erhöht.

Auswirkung des Zusammenbruchs des Nordwollekongerns auf Oberbaden. Die bei der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Bremen eingetretene Schwierigkeiten, ziehen auch das Emmendinger Locherwerk dieser Gesellschaft, die Firma Albert Meier-Sandboeck & Co. m. b. H., deren Beschäftigung bisher erfreulicherweise immer recht gut war, in Mitleidenschaft. Die Geschäftsleitung sah sich infolgedessen genötigt, der gesamten Gesellschaft vorfolglich zu kündigen. Man hofft, daß die Verhandlungen, die in Bremen geführt werden, zu einem guten Abschluß gelangen, damit das Emmendinger Werk aufrecht erhalten bleiben kann.

Infolge der Banque de Genéve. Die Banque de Genéve schloß am Samstag ihre Schalter. Der Verwaltungsrat der Bank beschloß, am Montag die Infolge zu erklären.

Staatsanzeiger

Dem Stadtrat in Rothenburg o. Tauber, wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 9. Juli 1931.
Der Minister des Innern:
Maier.

Der Deutschen Lotterie-Emissionsgesellschaft m. b. H. in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 10. Juli 1931.
Der Minister des Innern:
Maier.

Strassenbau und Strassenunterhaltung

Sonderausgabe des Badischen Staatsanzeigers

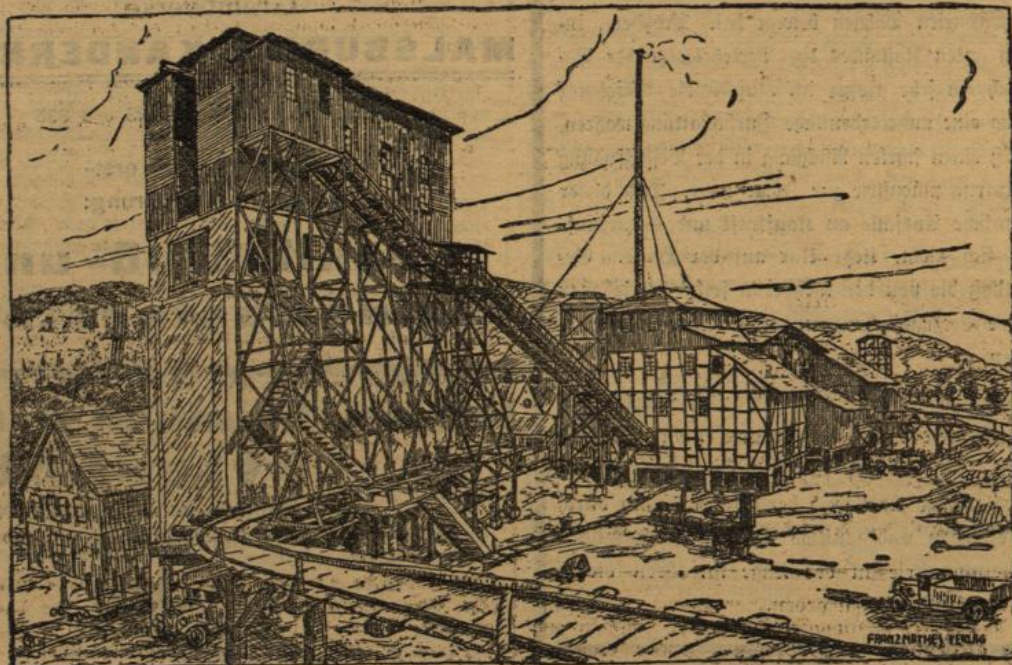
Die badische Gesteinsindustrie

Die Erzeugnisse der badischen Gesteinsindustrie dienen vor allem dem Zwecke, für den Bau und die Unterhaltung der Straßen, Wege und Bahngleise die erforderlichen Steine zu liefern. Hierzu gehören Stücksteine (Kalksteine), Straßenschotter, Fließschotter, Teergrus, Splitt, Sand und Pflastersteine. Als abbaubare Gesteine kommen in unserem Lande in Betracht: Porphyr, Basalt und Hornblende.

Dasjenige Vorkommen, welches am augenfälligsten auf den Beschauer wirkt, liegt zwischen Heidelberg und Weinheim, an

spat und 20 Prozent Oligoklas. Der Porphyrgrus, welcher zweimal gebrochen, entstaubt und auch gewaschen geliefert wird, hat sich in Verbindung mit Teer, Asphalt und sonstigen bituminösen Stoffen als Oberflächenbelag im neuzeitlichen Straßenbau einen guten Ruf erworben; auch als Pflaster- sand und in der Kunststeinindustrie findet er weitgehende Verwendung (die rötliche und bläuliche Färbung ergibt künstlich wirkende Flächen).

Bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts bilden die Porphyr- steinbrüche an der Bergstraße den hauptsächlichsten Erwerbs-



Teersplitt- und Waschanlage, Gebr. Lefrenz, Dossenheimer Porphyrwerk in Heidelberg

der mit Obhöfen, so reich gelegenen Bergstraße. Auf der Fahrt von Süden nach Norden erblicken wir zuerst in Dossenheim das Porphyrwerk der Gebr. Lefrenz, Heidelberg, und das Porphyrwerk der Firma Hans Watter, Mannheim; alsdann folgen in Schriesheim und Weinheim die Betriebe der Porphyrwerke Weinheim-Schriesheim A.-G., Weinheim.

Die Porphyrbede ist an vielen Stellen von großer Mächtigkeit, die zum Teil über 150 Meter beträgt. Der Porphyr besitzt eine außerordentliche Härte. Seine Druckfestigkeit schwankt zwischen 3000 und 4355 kg/qcm. In chemischer Beziehung setzt sich dieses Gestein zu 75 Prozent aus Kieselsäure, 13 Prozent aus Tonerde und im übrigen aus Eisenoxyd, Kali und Magnesia zusammen. Mineralogisch besteht es aus 30 Prozent Quarz, 50 Prozent Alkalifeld-

spat und 20 Prozent Oligoklas. Der Porphyrgrus, welcher zweimal gebrochen, entstaubt und auch gewaschen geliefert wird, hat sich in Verbindung mit Teer, Asphalt und sonstigen bituminösen Stoffen als Oberflächenbelag im neuzeitlichen Straßenbau einen guten Ruf erworben; auch als Pflaster- sand und in der Kunststeinindustrie findet er weitgehende Verwendung (die rötliche und bläuliche Färbung ergibt künstlich wirkende Flächen).

Beitere Porphyr-Vorkommen werden in Mittelhaden aus- gebudet. Hier ist vor allem die Firma Wiltz, Bohnert zu nennen, welche in Ottenhöfen ihren Sitz hat.

Die in der Natur am wenigsten vorkommende Hornblende wird im Einzigtal von der Firma Gebr. Lefrenz in Haslach gebrochen, und zwar wird dieses Gestein überwiegend auf bergmännische Weise, also in unterirdischen Stollen, ge- wonnen.

Der größte Betrieb der badischen Basaltindustrie ist das Süddeutsche Basaltwerk Immendingen, das an diesem Ort,

GEBR. LEFRENZ DOSENHEIMER PORPHYRWERK HEIDELBERG

Fernruf Nr. 207

Straßenschotter	Betonsplitt u. Sand
Bahnschotter	Pflastersand
Stücksteine	Edelsplitt (doppelt gebrochen und gewaschen) 872
Gehweggrus	
Teergrus	

aus anerkannt vorzüglichem

DOSENHEIMER PORPHYR



806

PORPHYR- VERKAUFSSTELLE HEIDELBERG

Sitz in Weinheim a. d. Bergstraße

Straßen- u. Gleis-Schotter, Grus, Sand, Betonierungsmaterial, Uferbau- und Gestück-Steine, Teergrus (doppelt gebrochen) in allen Körnungen 822

Versand-Bahnhöfe:

Dossenheim, Schriesheim und Weinheim-Tal
Fernruf 5 und 6 Amt Weinheim a. d. Bergstraße

Vereinigte Granitwerke Seebach und Kandern Gebr. Thiele

779
Aus unserem Betrieb bei Ottenhöfen und Kandern liefern wir in Granit Groß- und Kleinpflastersteine, Mosaiksteine, Randsteine, Stücksteine, Schotter, Sand und Grus. Sämtliche Bauarbeiten

Vering & Waechter Gm & Cie.

Furschenbach (Post Ottenhöfen, Baden)

Fernsprecher 490 Kappelrodeck

Wir liefern gut, pünktlich, preisgünstig und in allen Mengen aus unseren leistungsfähigen Brüchen

Granit

Pflastersteine in allen Größen / Schotter u. Splitt / Bordsteine / Grenz- u. Vermessungssteine / Quader / Treppenstufen / Bauarbeiten / Denkmäler / Mauersteine / Gestücksteine 790

SCHWARZWÄLDER GRANITWERKE

C. KIEDERLE
Bühli.B.

Gegr. 1888 • Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sokkel, Stufen, Quader usw.), Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche und Bodenbelag

aus säure-
beständigem
Material

Pflastersteine (Groß- u. Kleinpflaster), Grenzsteine, Mauersteine liefern wir nur aus eigenen Brüchen

Schleiferei
Bildhauerei

Werkplätze 250 Arbeiter 782

A. Aulenbacher & Söhne

Steinbruchbetriebe

Ettlingen i.B.

Gegründet 1890
FERNSPRECHER NR. 2

Granit Quarzit Sandstein

781
Groß- u. Kleinpflastersteine, Randsteine u. Leistensteine, Grenz- u. Vermessungssteine

Arthur Brux

Steinindustrie

Ottenhöfen (Baden)

Telefon Amt Kappelrodeck Nr. 281

Ausführung von Granitarbeiten für Hoch-, Tief- und Wegebau

solwie am Hohenstöffeln, abbaut. Das dort gewonnene Gestein findet, ebenso wie der Porphyr, Verwendung im Straßen- und Bahnbau. Dem Betrieb ist eine modern eingerichtete Kunststeinfabrik angegliedert.

Auch am Stagenbuden bei Eberbach a. N. wird der dort anstehende Basalt gebrochen. Die in der Nähe befindlichen Straßen weisen daher einen sehr guten Zustand auf. Die Firma Basaltwerk Stagenbuden G. m. b. H., hat ihren Sitz in Badstagenbuden.

Ein weiteres Basaltvorkommen befindet sich am Kaiserstuhl, wofür auch ein Schotterwerk besteht, das Phonolit (Klingstein) verarbeitet.

Nahezu alle Steinbrüche sind maschinell eingerichtet. Die starke Konkurrenz hat es mit sich gebracht, daß die Werke sich mit modernen Transporteinrichtungen ausgerüstet haben, da ja die Beförderungskosten von der Gewinnstelle bis in die Hände des Verbrauchers außerordentlich hoch sind. Mancher ist überrascht von der Kühnheit der Drahtseilbahnen, deren Stützen eine Spannweite bis zu 600 Meter haben. Einige Betriebe haben für ihre Normalbahngleise eigene Lokomotiven und für die Schmalspur Dieselmotoren. Dem Kraftwagenverkehr ist es bis jetzt noch nicht in dem Maße, wie bei anderen Industrien gelungen, die Eisenbahn zu verdrängen. Wie diese Entwicklung sich jedoch in Zukunft gestaltet, wird von der seit Jahren erwarteten Frachtmäßigung der Reichsbahn und der Privatbahnen abhängen.

Die badische Hartsteinindustrie hat durch den Verlust des Grenzlandes Elz-Vogtsanger einen außerordentlich schweren Schlag erlitten; waren es doch eine ganze Reihe von Firmen, welche ihre Produkte früher nach Straßburg, Mühlhausen, Metz und den anderen dortigen Städten lieferten. Infolge der gegenüber dem Nachbarlande bedeutend höheren Löhne ist es auch noch nicht gelungen, dort wieder Fuß zu fassen. Auch die Schweiz, an die früher viel geliefert wurde, kommt als Abnehmer kaum mehr in Betracht, da ihre eigene Steinindustrie sich seit Kriegsende ganz wesentlich vergrößert hat. Wenn auch dieses Land keine eigentlichen Hartgesteine mangels früherer eruptiver Tätigkeit aufweist, so hat es doch in seinem Kieffall (Sedimentgestein) einen ausreichenden Baustoff gefunden. Auch in Hessen und der Pfalz ist es unmöglich, größere Mengen Hartgestein zu liefern, da diese Länder über ausgedehnte eigene Steinbrüche verfügen.

Außerordentlich beachtenswert ist das Vorgehen der bayerischen Regierung, welche bei ihren Vergabungen in der Pfalz außerpfälzische Brüche ausschließt. Angesichts dieses Vorgehens wäre eine ähnliche Handhabung für Baden geboten.

Neuzeitlicher Straßenbau

924

Gußasphalt, Walzasphalt, Oberflächenbehandlungen im Heiß- u. Kaltverfahren

FRÜHLING & BAUMANN

Oberheim, Straßenbau-Ges. K.-G., Freiburg i. Br., Büro Schwarzwaldstr. 13

Wie schon aus der Einleitung dieses Aufsatzes hervorgeht, sind die hauptsächlichsten Abnehmer der Hartsteinprodukte Behörden, also Staat, Kreisverwaltungen, Städte, Gemeinden sowie die Reichsbahn. Wenn die Hartsteinindustrie in der Vorkriegszeit eine dauernde Aufwärtsbewegung erfahren hat, so war es dem Umstande zu verdanken, daß sich unsere Volkswirtschaft in geordneten Bahnen bewegt hat. Trotzdem, infolge des wenig guten Zustandes der Verkehrswege der Bedarf immer noch ein sehr großer ist, mühen die Abnehmer in der Bestellung eine außerordentliche Zurückhaltung wahren, was naturgemäß einen starken Rückgang in der Beschäftigung der badischen Hartsteinindustrie zur Folge hatte. Daß dieser Mißstand wesentliche Ausfälle an Kaufkraft und Steuereinkommen nach sich zieht, liegt klar auf der Hand. Gewünscht wird, daß die von den Behörden selbst betriebenen Steinbrüche keine Vorzugsstellung bei der Verteilung der Aufträge einnehmen.

Es ist zu hoffen, daß das in Aussicht gestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung nicht nur für Norddeutschland, sondern auch für das Grenzland Baden baldigst eine wesentliche Änderung herbeiführt, damit durch Straßenverbesserungen und sonstige Bauten die heimische, badische Hartsteinindustrie in der Lage ist, ihren vielen Erwerbslosen Beschäftigung zu geben.

Soeben erschien:

Kraftfahr-Vorschriften für Karlsruhe

Die Straßenpolizeiordnung vom 2. Januar 1930 mit Erläuterungen unter Berücksichtigung der Kraftfahrzeugverordnung, der Badischen Straßenverkehrsordnung und der bad. Rechtsprechung von Dr. Fritz Oppenheimer, Rechtsanwalt in Karlsruhe Preis 2,40 RM.

Das Buch ist für die Praxis bestimmt. Der Verfasser behandelt in eingehender und wissenschaftlicher Weise, ausgehend von der Karlsruher Straßenpolizeiordnung, die wichtigsten Fragen des Kraftverkehrsrechts, wie das Vorfahrtsrecht, Hauptverkehrswege, Sorgfaltspflicht, Überholungsverbote, Pflichten der Fußgänger usw. Im Interesse der Übersichtlichkeit sind die dazu gehörigen Bestimmungen der Kraftfahrzeugverordnung und der badischen Straßenverkehrsordnung dazu noch angeführt. Von besonderer Bedeutung ist es, daß der Verfasser weitgehend die für Baden besonders wichtige Rechtsprechung des badischen Obergerichtes berücksichtigt.

Die örtlichen Bestimmungen in Baden sind überall ähnlich wie in Karlsruhe. Für jeden Juristen u. Kraftfahrer, der sich somit für das wichtige Gebiet des Kraftverkehrs in Baden Aufschluß verschaffen will, dürfte daher dieses Buch unentbehrlich sein.

Verlag G. Braun, Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14 Telefon 952, 953, 954

SÜDDEUTSCHE BASALTWERKE G. M. B. H.

IMMENDINGEN/BADEN

Telefon Nr. 203 • Werke mit Bahnanschluß: Mühlhausen bei Engen, Immendingen

Hartbasalt-

Gleisschotter, Straßenschotter, Grus, Betoniermaterial, Steinsande

Hartbasalt - Spezial - Teergrus in verschiedenen Körnungen

Hartbasalt-Kunstplatten

für Gehwege, Bahnsteige, Fabrikräume usw., griffig und rau, 25- und 9-kuppig

Hartbasalt-Kunstabordsteine

in jedem Profil

Ludwig Seider & Sohn

Granitwerke

MALSBURG b. KANDERN i. B.

Fernsprecher Kandern 323 und 335

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:

Granit-Groß- und Kleinpflastersteine

Huber, Frietsch & Cie. Ottenhöfen

Granitwerke in Seebach (Acherthal) Halbmeil (Kinzigtal)



Groß- u. Kleinpflaster Granitschotter, Betonkies, Sand usw.

Telephon Kappelrodeck 207

JG

Telefon 291 Amt Kappelrodeck

JOSEF GALLI OTTENHOFEN (BAD. SCHWARZWALD)

Alle Arten Granitarbeiten von Architekturen für Hoch- und Tiefbau • Grabdenkmäler und Grabeinfassungen • Bildhauerarbeiten in allen Dimensionen • Pflastersteine •

932 Granitwerke in Ottenhöfen, Seebach, Furschenbach

Wilh. Bohnert

Ottenhöfen (Schwarzwald)
Telefon Kappelrodeck 333

Porphyr-Werke Edelfrauengrab u. Simmersbach

Ich liefere in allen Körnungen: 923
Straßen- und Bahnschotter, Teergrus doppelt gebrochen, gesiebt u. gewaschen (Edelsplitt), Gehweggrus, Sand, Betoniermaterial usw. aus vorzüglichem Porphyrgestein

Schwarzwälder Granit- und Schotterwerke Waldulm

Hermann Ossola

Fernsprecher 443 und 496 Amt Kappelrodeck

Lieferung sämtlicher Granitarbeiten für Hoch- und Tiefbau, für Tunnel- und Brückenbau in erstklassigem Waldulmer Granit

Massenanfertigung von Granitrandssteinen in allen Profilen — Jahresproduktion ca. 40.000 bis 50.000 lfd. Meter

Belegschaft ca. 150 Mann

950

Adolf Oberst

Steinbruchbetriebe

Karlsruhe i. B.

Yorkstr. 30, Fernsprecher 4694

921

Basalt Granit Quarzit und Sandstein

Groß- und Kleinpflastersteine, Randsteine, Grenzsteine, Stücksteine und Schotter